

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wirtschaftlichkeitsüberlegungen bei der Umwandlung der Werkstatt Bremen in eine GmbH

Der Senat betreibt eine Neuorientierung der bremischen Arbeitsförderung, die zu strukturellen und inhaltlichen Veränderungen führen soll. Eine der strukturellen Veränderungen ist die geplante Umwandlung der Werkstatt Bremen in eine GmbH. Außer dem politischen Willen, diese Veränderung voranzutreiben, gibt es jedoch keine Klarheit darüber, wie und vor allem warum diese Umwandlung stattfinden soll. Es fehlt an einem fachpolitischen Leitbild, das der Auslöser für eine Veränderung hätte sein können, erwartete Kostenreduzierungen sind nicht belegt und nicht zuletzt bleibt unklar, wie die konkrete Umsetzung erfolgen soll. Bevor jedoch Entscheidungen getroffen werden, sollten diese zentralen Punkte geklärt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Vorteile verspricht sich der Senat bei der Umwandlung der Werkstatt Bremen in eine oder mehrere GmbH in
 - a) fiskalischer,
 - b) personalpolitischer,
 - c) sozial- und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht?
2. Wie und mit welchen Instrumenten soll zukünftig die politische Steuerung in diesem Bereich erfolgen?
3. Welche Veränderungen auf der Führungskräfteebene wird die Umwandlung in eine oder mehrere GmbH bei der Werkstatt Bremen nach sich ziehen?
4. Mit welchen konkreten Aufgaben wird die geplante GmbH bzw. die geplanten GmbH betraut werden?
5. Ist es bei den geplanten GmbH vorgesehen, die Gemeinnützigkeit zu beantragen?
6. Wer wird in Zukunft für die Planung, Durchführung und Überprüfung der Maßnahmen gemäß § 18 f BSHG und § 5 Asylbewerberleistungsgesetz zuständig sein? Wie wird sichergestellt, dass die „Zusätzlichkeit“ der Maßnahmen gewährleistet bleibt? Werden für die einzelnen Maßnahmen Unbedenklichkeitsbescheinigungen beantragt?
7.
 - a) Wird die bisherige Beratungs- und Vermittlungsarbeit der Abteilung 3 der Werkstatt Bremen im bisherigen Umfang für alle Sozialhilfeempfänger/-innen fortgeführt werden? Welche Zielgruppe soll von der Werkstatt Bremen beraten werden?
 - b) Welche weiteren Einrichtungen und Soziale Dienste sollen in die Beratung und Vermittlung von arbeitslosen Sozialhilfeempfänger/-innen mit einbezogen werden? Welche Zielgruppen sollen gegebenenfalls von diesen Einrichtungen beraten werden?

8. Mit welchem Modellversuch beabsichtigt Bremen, sich an dem geplanten Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung „Innovative Wege in der Arbeitsmarktpolitik“ zu beteiligen? Wie würde sich dieser Modellversuch konkret auf die Kooperation und Aufgabenverteilung der Akteure des Arbeitsmarktes (Arbeitsamt, geplante GmbH, AfSD) auswirken?

Karoline Linnert, Anja Stahmann,
Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen